

Kösliner Volksblatt

vorm. Fürstentümer Zeitung
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgepaltene Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreigealtene Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung.

Nr. 108.

Sonnabend, den 10. Mai 1919.

17. Jahrgang.

Dem Frieden entgegen.

Die Haltung der Reichsregierung.

—a. Die Einzelheiten des gestrigen Kabinettsrats werden streng geheim gehalten, um jede Ausnutzung zu Sensationsnachrichten zu verhüten. Aus Besprüchen mit Regierungsmitgliedern und Parlamentariern ist jedoch zu entnehmen, daß es in der Sitzung wiederholt zu sehr heftigen Auseinandersetzungen gekommen ist, obwohl die Anwesenden in der Sache selbst die gleiche Ansicht vertraten. Diese geht, wie es nicht anders zu erwarten war, dahin, daß sich keine deutsche Regierung finden wird, die zu diesem Frieden ihre Unterschrift verantworten kann. Tatsächlich hat sich die Stimmung in dem amtlichen Berlin, nachdem auch alle Einzelheiten der feindlichen Bedingungen bekannt geworden sind, vollständig geändert. Heute findet sich niemand mehr, der nicht die ganze Schwere dieses Vernichtungsfriedens erkennt. Von einer sonst sehr gut unterrichteten Seite wird uns erklärt, daß man in der Wilhelmstraße zunächst eine Unterscheidung darin zu machen versucht hat, ob uns unter Umständen anzunehmen möglich ist, und welche Unmöglichkeiten gegen die Annahme der Bedingungen sprechen. Hieron ist jetzt keine Rede mehr. Das Wort „unannehmbar“ hat den berechtigten Sieg über alle Erwägungen davongetragen. Die Regierung hat deshalb an die deutsche Meidung die Weisung gegeben, unter allen Umständen Verhandlungen durchzuführen und den Feinden Gegenvorschläge auf Grund der 14 Punkte Wilsons zu unterbreiten.

Auch neutrale Diplomatenkreise sind über die Bedingungen bestürzt, allerdings weniger aus Mitleid mit Deutschland, als wegen der Zukunft Europas, über der das ewige Kriegsschwert hängt, wenn die Feinde ihren Willen durchsetzen. Das nicht-amtliche Berlin läßt dagegen die unsagbare Schwere der Stunde nicht im geringsten erkennen, kaum daß die Zeitungen eifriger als sonst gelesen werden. Von der tiefgehenden Entrüstung, die besonders in Süddeutschland, im Osten durch die Massen geht, ist nichts zu spüren. Die Verfügung des Verbots aller Lustbarkeiten, die gestern erfolgte, ist also durchaus berechtigt. Dagegen muß man es anerkennen, daß die zahlreichen in Berlin weilenden feindlichen Offiziere größte Zurückhaltung üben und sich nicht auf der Straße sehen lassen. Sie scheinen also das über Deutschland hereingebrochene bittere Schicksal ärger zu empfinden als die Berliner Bevölkerung.

Der Vertrag.

Verailles, 8. Mai. Der Friedensvertrag ist in fünfzehn Teile zerlegt. Der Völkerbund wird später errichtet. Die Grenzen Deutschlands erfahren Änderungen gegen Belgien, Luxemburg, Frankreich und die Tschecho-Slowakei. Zwischen Deutschland und Frankreich wird die Grenze vom 18. Juli 1870 wieder hergestellt unter Vorbehalt der Bestimmungen über das Saarbecken.

Deutschland muß verzichten auf einen Teil Oberschlesiens, Posen mit Wlka, Birnbaum, Schneidemühl, auf Westpreußen mit Thorn, Graudenz und einem breiten Streifen bis zur Ostsee von Ostpreußen bis westlich Puziger-Niederung. Danzig wird Freistadt. In Nord- und Mittel-Schlesien entscheidet Volksabstimmung über weitere Zugehörigkeit zum Reich.

Der gesamte Besitz und alle Einnahmen Deutschlands haften für die Bezahlung der Kosten der Wiederherstellung. Deutschland darf bis zum 1. Mai 1921 Gold nur ausführen oder darüber verfügen, wenn die Entente-Kommission für die Wiederherstellung ihre Erlaubnis dazu erteilt. Deutschland muß die Unterhaltungskosten der allerersten Meere im besetzten deutschen Gebiete seit 12. November 1918 bezahlen.

Die in Geld von Deutschland zu zahlenden Summen müssen nach Wahl der Gläubiger in Pfund, Dollar, Franken oder Lire geleistet werden.

Elb-Lothringische Erzeugnisse haben fünf Jahre lang zollfreie Einfuhr nach Deutschland. Solche, denen deutsches Gebiet abgetreten ist, übernehmen einen Teil der deutschen Reichsschuld nach dem Stande vom 1. August 1914.

Auf dem linken Rheinufer darf Deutschland keine Festungen unterhalten oder bauen.

Das Gleiche gilt für eine Zone von 30 Kilometern östlich des Rheines. In diesen Gebieten ist die Unterhaltung oder Zusammenziehung bewaffneter Kräfte verboten. Selbst Manöver dürfen dort nicht abgehalten werden.

Als Ersatz für die Zerstörung der Kohlenbergwerke Nordfrankreichs überträgt Deutschland an Frankreich vollständig freien Besitz der im Saarrevier gelegenen Kohlen-Gruben zwecks Ausbeutung. Deutschland erkennt die unumschränkte Herrschaft Belgiens über das gesamte strittige Gebiet von Neutral-Moresnet an, verzichtet ferner auf alle Rechte über die Kreuze Eupen, Malmedy. In diesen Bezirken findet Volksabstimmung statt.

Die territorialen Bestimmungen des Friedensentwurfes enthalten außer dauerndem Verzicht auf Elb-Lothringen zehnjährigen Verzicht auf Aechel und Verzicht auf alle Rheinbrücken bis zum rechten Ufer, ferner Verzicht auf das Saar-Gebiet einschließlich erheblicher Teile der bayerischen Pfalz auf fünfzehn Jahre mit endgültigem Verlust des Gebietsvorhats, wenn die Saarbergwerke nach Ablauf dieser Frist nicht in Geld zurückgekauft werden oder wenn eine Volksabstimmung für Frankreich entscheidet.

Der Inhalt der übrigen Artikel des Friedensvertrages, unter anderem die Bestimmungen über das Verfahren gegen den Ex-Kaiser, die militärischen, maritimen und Luft-Klauseln und anderes folgt noch nicht vor.

Paris, 7. Mai. Amtlich. Der Dreier-Pakt beschloß über die deutschen Kolonien wie folgt zu verfügen. Bezüglich der Zukunft von Togo-land und Kamerun werden Frankreich und Großbritannien dem Völkerbund gemeinsame Vorschläge machen. Was die anderen Kolonien betrifft, so werden die Mandate folgendermaßen verteilt: Deutsch-Ostafrika fällt an Großbritannien, Südwestafrika an die Südafrikanische Union. Die deutschen Samoa-Inseln fallen an Neuseeland. Die anderen deutschen Besitzungen im Stillen Ozean, südlich des Äquators von Australien, mit Ausnahme von Nauru, für welche letzteres Großbritannien ein Mandat erhält. Die deutschen Inseln im Stillen Ozean nördlich des Äquators fallen an Japan.

Was nun?

Verailles, 8. Mai. (Tel.-An.) Von unserem Berichterstatter. Die deutschen Friedensdelegierten hielten heute nacht ihre erste Sitzung ab, um zu den Bestimmungen des Vorfriedensvertragsentwurfes Stellung zu nehmen. Ueber den Verlauf der Beratungen ist noch nichts bekannt geworden.

Soviel steht aber fest, daß, so niederschmetternd auch die Bedingungen unserer Feinde auf sämtliche hier anwesenden Deutschen gewirkt haben, eine glatte Ablehnung nicht zu erwarten ist. Es sollen zwar unter den deutschen Friedensabgeordneten verschiedene Ansichten über die Ansprache bestanden haben, die ihr Führer Graf Brockdorff-Rantzau gestern bei der Ueberreichung des Friedensvertragsentwurfes gehalten hat. Indessen werden dieselben kaum schwerwiegender Natur gewesen sein. Darüber bezieht ebenfalls keine Meinungsverschiedenheit unter den Delegierten, daß der Inhalt des Entwurfs selbst die schlimmsten Erwartungen noch übertrifft hat. Der Gang der Dinge wird nunmehr der sein, daß unsere Delegation nach Fühlungnahme mit der Regierung auf die einzelnen Punkte des Vertrages näher eingehen und die schriftliche Antwort baldigst übergeben wird.

Dann haben unsere Feinde das Wort, die uns möglicherweise vor die Alternative stellen werden, den Vertrag anzunehmen oder abzulehnen.

Reichsminister Giesberts vertrat den Vertretern der Presse gegenüber die Ansicht, daß die deutschen Arbeiter unmöglich einem Frieden zustimmen können, welcher sie zu Sklaven unserer Feinde macht. Das zweckmäßigste sei, sobald als möglich mit Rußland Frieden zu schließen. Uebereinstimmend vertreten die deutschen Delegierten die Meinung, daß Deutschland den Ententevertrag unmöglich in seiner jetzigen Form unterschreiben kann. Immerhin hat man noch die Hoffnung, durch Verhandlungen günstigere Bedingungen herauszuschlagen, aber auch darüber gibt man sich keinen Illusionen hin, da selbst in diesem günstigen Falle die Opfer, die wir zu tragen haben, ganz gewaltig sind. Einweilen sind darüber, ob sämtliche deutsche Delegierten hier verbleiben, oder ob ein Teil von ihnen nach Deutschland zurückkehren wird, Bestimmungen noch nicht getroffen worden.

Die nächste Zeit dürfte die Entscheidung über diese Frage bringen. Die Pariser Zeitungen, soweit sie die Politik der Regierung billigen, sind natürlich mit den uns auferlegenden Friedensbedingungen vollständig einverstanden. Sie billigen den Gewaltfrieden, der der Vernichtung Deutschlands gleichkommt. Eine Ausnahme macht das sozialistische Blatt „Populaire“, das den Ententevertrag einer vernichtenden Kritik unterzieht und erklärt, man hätte bei solchen Bedingungen tatsächlich nicht die deutschen Delegierten nach Versailles zu bemühen brauchen.

Einberufung der Nationalversammlung

Die Nationalversammlung ist auf Montag nach Berlin einberufen.

Berlin, 8. Mai. Der Reichspräsident und die Reichsregierung wenden sich in einem Aufruf an das deutsche Volk, in dieser schweren Stunde mit der Regierung auszuharren im wechselseitigen Vertrauen auf dem Wege Pflicht und im Glauben an den Sieg der Vernunft und des Rechts. An den deutschen Osten wendet sich eine gemeinsame Kundgebung der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung. Die Bevölkerung der östlichen Provinzen Preußen möge überzeugt sein, daß die Regierung der Republik das Aeußerste aufbieten wird, um die ihr drohenden Gefahren abzuwenden.

Gegen einen Gewaltfrieden.

Rotterdam, 8. Mai. „Daily News“ meldet, Lord Lansdowne wird am Sonntag öffentlich über die Friedensbedingungen an Deutschland sprechen. Die englische Arbeiterpartei beruft für kommenden Sonntag eine große Anzahl Massenmeetings in England gegen einen Gewaltfrieden ein.

Internationalisierung des Stettiner Hafens.

Berlin, 8. Mai. Wie wir hören, wird von polnischer Seite behauptet, daß der Friedensvertrag außer den Bestimmungen über die Gebiete, die in Oberschlesien den Polen zugewiesen werden sollen, die Bestimmung enthält, daß die Schifffahrt auf der Oder und der Stettiner Hafen internationalisiert werden sollen.

Die bisherigen Angaben der Polen über den Inhalt des Friedensvertrages haben sich als zutreffend erwiesen, trotzdem sie immer sehr weit gingen.

Madensens Freilassung abgelehnt.

In dem Berichte der Waffenstillstandskommission in Spa vom 1. Mai heißt es:

Frankreich hat es abgelehnt, Vertretern des deutschen Roten Kreuzes den Besuch der im zerstörten französischen Gebiete befindlichen deutschen Kriegsgefangenen zu gestatten. Deutscherseits wurde darauf gebeten, schweizerischen Delegierten den Besuch zu erlauben. Hierzu gaben die Franzosen ihre Zustimmung. Schweizerische Vertreter werden nunmehr demnächst die deutschen Kriegsgefangenen-Formationen in dem früher besetzten Gebiete Frankreichs besuchen.

Auf die vor kurzem vorgebrachte erneute Bitte, den in Ungarn internierten Feldmarschall Madensens und seinen Stab freizulassen, ließ Marschall Foch mitteilen, daß Madensens und sein Anhang sich in vollkommener Sicherheit in einem Schloß Sutaf befinden und ihre Heimkehrung daher zurzeit nicht in Frage komme.

Das internationale Arbeiterrecht.

(Der Entwurf der Entente und der deutsche Entwurf.)

Das von der Entente zum Vorschlag gebrachte internationale Arbeiterrecht gibt klar zu erkennen, wie wenig bisher bei den Verbündeten die Arbeiterfragen Berücksichtigung gefunden haben. In dem aus neun Punkten sich zusammensetzenden Entwurf werden Forderungen aufgestellt, die zum weitest größten Teile ein altes Privileg der deutschen Arbeiterschaft darstellen; nur Punkt 3 des Entwurfes betreffend Beschäftigung von Jugendlichen und Knaben und Mädchen unter 14 Jahren entspricht nicht der bisherigen deutschen gesetzlichen Vorschrift, doch würde eine diesbezügliche Abänderung auch bei uns begrüßt werden. Gemäß Punkt 3 dürfen Kinder unter 14 Jahren weder in Industrie noch Handel beschäftigt werden und männliche und weibliche Arbeiter zwischen 14 und 18 Jahren sind nur mit einer ihrer körperlichen Entwicklung in Vereinbarung zu bringenden Arbeit zu beschäftigen.

Auffallend und bezeichnend ist es, daß in dem Vorschlage der Entente von einem wirklichen Arbeiterschutz wie Kranken- und andere Versicherungen, Arbeitslosenfürsorge usw. nicht die Rede ist. Der kürzlich veröffentlichte Entwurf der Regierung schenkt gerade der Sozialversicherung und dem Arbeiterschutz, die schon seit Jahren in der deutschen Gesetzgebung festgelegt sind, besonderes Augenmerk. In

den Pflichtversicherungen der Arbeiterschaft und im Arbeiterschutz erblickt man in Deutschland die Grundlage der Sozialpolitik, und der Umstand, daß diese Forderungen von der Entente nicht aufgestellt worden sind, zeigt am deutlichsten, wie Deutschland in der Sozialpolitik eine führende Stellung einnimmt. Artikel 3 des deutschen Entwurfs besagt: „Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, soweit dies noch nicht der Fall ist, eine Pflichtversicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Betriebsunfall, Invalidität, Alter und Arbeitslosigkeit sowie eine Hinterbliebenen- und Mutterschaftsversicherung durchzuführen und die Sozialregierung auf die Heimarbeit auszu dehnen.“

In Deutschland erblickt man in dieser Forderung eine Selbstverständlichkeit, bei den Verbündeten aber bestand weder bisher eine solche Arbeiterfürsorge, noch hat man sie dort beim Entwurf des internationalen Arbeiterrechts überhaupt erwähnt.

Stellte man nun einen Vergleich auf zwischen den Vorschlägen der Entente und dem deutschen Entwurf, so erkennt man, daß die Forderungen der Entente einer wirklichen Tiefgründigkeit entbehren. Nach Punkt 1 darf die Arbeit eines Menschen einer Ware oder einem Handelsartikel nicht gleichgesetzt werden, nach Punkt 4 hat jeder Arbeiter das Recht auf einen Lohn, der ihm eine auskömmliche Lebenshaltung verbürgt, nach Punkt 5 wird gleicher Lohn gefordert „für der Güte und der Menge gleiche Arbeit“ ohne Unterschied des Geschlechts; auf Grund dieser Punkte kann ein Gesetz nicht zustande kommen, es handelt sich bei diesen Punkten lediglich um Gefühlsfrage. Die Forderungen auf Gewährleistung des Koalitionsrechts der Unternehmer und Arbeiter (Punkt 2), auf allgemeine Sonntagsruhe (Punkt 6), nach dem achtfündigen Arbeitstage (Punkt 7), auf Einrichtung von Arbeiterinspektionen (Punkt 9) stellen für Deutschland im Großen und Ganzen keine Neuerung dar.

Im Punkt 8 stellen die Verbündeten die Forderung auf, daß die gesetzlich zugelassenen ausländischen Arbeiter nebst ihren Familien in allen sozialen Einrichtungen die gleiche Behandlung erfahren, wie die einheimischen. Nach einer solchen Gleichstellung hat man in Deutschland schon stets gestrebt, allerdings nur unter der Bedingung, daß die deutschen Arbeiter im Auslande eine gleiche Behandlung erfahren.

In sämtlichen neun Punkten ist, wie schon oben bemerkt, von einer ausgesprochenen Arbeiterfürsorge nicht die Rede. Die internationale Durchführung der von der Entente aufgestellten Vorschläge begrüßt Deutschland mit voller Genugtuung, es ist aber zu hoffen, daß auch die Arbeiterfürsorge gebührende Berücksichtigung findet.

Politische Tageschau.

Ein deutschnationaler Vizepräsident in der Preussischen Landesversammlung. Die Stelle eines dritten Vizepräsidenten wurde in der Sitzung der Preussischen Landesversammlung vom 6. Mai geschaffen. Durch Zuzug wurde in diese Stelle der deutschnationale Abgeordnete Dr. von Kries gewählt. Beim Zusammentritt der Landesversammlung hatten, wie erinnerlich, Sozialdemokratie und Demokratie den Deutschnationalen das Entgegenkommen verweigert; jetzt haben sie also ihren nur von Parteibeschränktheit diktierten Standpunkt aufgeben müssen.

Aus den politischen Parteien.

Deutschnationale Anträge in der Preussischen Landesversammlung.

Die Abgeordneten Menzel-Stettin und Genossen beantragen: Die verfassunggebende Preussische Landesversammlung wolle beschließen:

Die Staatsregierung zu ersuchen, mit Rücksicht darauf, daß nach Aufhebung der Zensur eine Schmutzwelle auf die Jugend in Literatur und Kinos niedergeht, schleunigst wieder die Zensur für Jugendliteratur und Kinos einzuführen.

Die Abgeordneten Ebersbach und Genossen beantragen:

Die verfassunggebende Preussische Landesversammlung wolle beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß

1. zur Beschaffung von Baustoffen für die dringend erforderlichen Kleinwohnungen baldmöglichst wenigstens ein erheblicher Teil der zurzeit stillgelegten rund 17 700 Ziegeleien, besonders soweit sie in der Nähe baureifen Geländes liegen, derart mit Kohlen beliefert wird, daß der Betrieb wieder aufgenommen werden kann;

2. bei der Verteilung der Baustoffe die gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaften vorzugsweise bedacht werden.

* * *

Deutschnationale Anfragen in der Preussischen Landesversammlung.

Die Abgeordneten Graf von Kanitz und Dr. Erich Seelmann fragen an:

Ist es der Staatsregierung bekannt, daß der Erste Staatsanwalt zu Königsberg in Preußen am 1. Mai dieses Jahres der Aufforderung eines Demonstrationszuges von circa zweihundert Kommunisten auf Freilassung der politischen Gefangenen ohne weiteres entsprochen hat und sofort die beiden wegen Landesverrats inhaftierten Kommunisten Tollkühn und Rakow freigelassen hat, obwohl ein zwingender Grund dafür nicht vorlag, da das Gerichtsgefängnis mit einer starken, regierungsstreuen militärischen Wache besetzt war, die gewillt und imstande war, jedem gewaltsamen Einschreiten der Menge ohne weiteres entgegenzutreten? Was gebietet die Staatsregierung zu tun, um ähnlichen Vorfällen in Zukunft vorzubeugen, die geeignet sind, das Staatsinteresse auf schwerste zu schädigen und die Autorität der Regierung nachhaltig zu untergraben?

Die Abgeordneten Menzel-Stettin und Schmidt-Stettin fragen an:

In Stettin haben am verschiedenen Sonntagen Versammlungen einer politischen Partei auf dem Schloßhofe unmittelbar neben der Schloßkirche während des Hauptgottesdienstes stattgefunden, wodurch eine erhebliche Störung des Gottesdienstes hervorgerufen wurde. Was gebietet die Staatsregierung zu tun, um der in Betracht kommenden Kirchengemeinde die ruhige Abhaltung ihrer Gottesdienste zu gewährleisten?

Geherei bei einer deutschnationalen Versammlung.

Detmold, 7. Mai. In dem lippischen Heilbad Salzkufen wurde gestern eine Versammlung der deutschnationalen Volkspartei

Bei veranlaßt, in der Parteisekretär Lindner aus Bielefeld sprach. Bei den Worten des Redners: „Wir kämpfen so lange, bis die rote Blut durchdrungen ist“, entstand ein großer Lärm in der Versammlung. Nach Mitteilung des Mitgliedes des Präsidiums Becker in der heutigen Sitzung des Landtages sind während der Tumulte von dem Pastorinsohn Kießling mehrere Revolverkugeln abgefeuert worden, durch die ein Arbeiter getötet, ein anderer schwer verletzt wurde. Die Erregung in der Stadt ist groß. In den Vormittagsstunden hielten die Arbeiter in Salzkufen eine große Demonstrations-Versammlung ab. Die Staatswerkstätten in Detmold wurden geschlossen. Der Landespräsident hat sich mit der Staatsanwaltschaft nach dem Tatort begeben, um den Sachverhalt aufzuklären und die erregte Bevölkerung zu beruhigen.

Preussischer Landtag.

19. Sitzung, Mittwoch, den 7. Mai, mittags 12 Uhr.

Au Ministerfisch: Hirsch, Fischbeck, Dr. am Behnhoff und andere.
Auf der Tagesordnung stehen zunächst:

Kleine Anfragen.

Abg. Paul Hoffmann (Unabh. Soz.) führt Beschwerde, weil dem Eisenbahnarbeitermitgliedern zur Tagung der Reichskonferenz der Eisenbahnarbeiter kein Urlaub gewährt und keine Dotzahlung der Löhne bewilligt worden sei.

Ein Vertreter der Staatsbahnverwaltung erwidert: Eine Berechtigung oder ein Anlaß zur Gewährung weiterer Vergünstigungen durch freie Fahrt, Fortzahlung des Lohnes und dergleichen sei um so weniger gegeben, als dadurch die andauernde große Betriebschwierigkeit nur noch vergrößert werden wäre.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Rosenfeld (Unabh. Soz.) erklärt Justizminister Dr. am Behnhoff, daß seitens der Staatsregierung die Immunität der Rätekonferenzmitglieder nicht anerkannt werden könne.

Die kleine Anfrage des Abgeordneten Heß (Deutsche Volksp.) bezieht sich auf den Verkauf von Arznei und Genußmitteln aus Besessbeständen.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums Oberleutnant von der Borg verweist darauf, daß die gesamte Verwertung der Besessbestände einer besonderen Reichsstelle im Finanzressort übertragen ist.

Abg. Adolf Hoffmann (Unabh. Soz.) fragt an, wie weit die Vorbereitungen für die Zusammenfassung aller Großberliner Gemeinden gediehen seien.

Abg. Franz Rieß: Die Regierung beabsichtigt, die Kommunalverwaltung von Groß-Berlin in nächster Zeit neu zu regeln. Es wird gegenwärtig ein Gesetzentwurf ausgearbeitet. Nach der Fertigstellung wird er veröffentlicht werden und den Beteiligten zur Begutachtung zugehen.

Der Entwurf eines Gesetzes für die Wahl eines Abgeordneten zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung für den Regierungsbezirk Sigmaringen wird nach kurzer Aussprache in erster und zweiter Lesung mit der Änderung angenommen, daß die Wahl am 1. Juni stattzufinden hat.

Das Haus tritt in die Fortsetzung der Beratung des Staatshaushaltsplanes ein.

Abg. Schubert (Soz.): Die Betrachtung des Etats muß zu schweren Bedenken Anlaß geben. In keiner Stelle bietet er ein festes Fundament. Wir sind immer noch im Unwissen. Der Arbeiterstand geht es keineswegs glänzend. Infolge des Krieges sind gerade die ärmsten und mittleren Existenzen zu unzähligen Tausenden vernichtet. Die große Not, die der Krieg über die Masse der Arbeiter gebracht hat, ist auch heute noch nicht überwunden. Wir fordern die Trennung von Kirche und Staat. Durch die Verwaltungsreform muß eine Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung herbeigeführt werden. Wenn die Streiks so weiter gehen, so wird unser Wirtschaftsleben zertrümmert. Schuld an dem Zusammenbruch sind die Alldeutschen, die immer weiter zum Krieges gehen haben. (Lärm rechts.) Die Landwirte haben die Preise für Lebensmittel auf eine Höhe getrieben, die mit dem Produktionskosten nicht mehr vereinbar ist. Durch diese Nahrungsmittelpolitik ist sie mitschuldig an dem Streikwahnsinn. (Lärm) Alle Streiks die heute erfolgen, sind ein Verbrechen. (Lärm bei den Unabhängigen Sozialisten.) Die Lage der Arbeiter ist durch die Streiks nicht verbessert, sondern verschlechtert worden. (Lärm bei den Unabh. Soz.) Eine Sozialisierung ist nur möglich im Rahmen einer rein gesellschaftlichen Regelung.

Das eigenmächtige Vorgehen einzelner Arbeiterräte ist zu verurteilen. Die Sozialisierung muß immer einer Produktionssteigerung gleichkommen.

Vizepräsident Dr. Frenkel erklärt, daß gestern der Abg. Hoffmann den Zorn „Klagen-Mebel“ gebraucht haben solle. Wenn er ihn gehört hätte, so würde er den Abgeordneten Hoffmann zur Ordnung gerufen haben.

Abg. von Richter (Deutsche Volkspartei): Der Vorredner hat Beweise dafür angeboten, daß deutsche Unternehmer die Spartakistenbewegung durch Geld unterstützt hätten, um auf indirektem Wege einen Sturz der Regierung und die Gegenrevolution herbeizuführen. Er hat bisher aber keinen einzigen Beweis für diese ungeheuerliche Behauptung erbracht. Sollte es ihm auch ferner nicht möglich sein, so hätte er sich einer schamlosen Verleumdung schuldig gemacht.

Vizepräsident von Kries: Herr Abgeordneter, es ist unzulässig, daß Sie in Beziehung auf ein Mitglied des Hauses die Wendung „schamlose Verleumdung“ gebrauchen.

Abg. von Richter (Deutsche Volkspartei): Von dem Uebergang der preussischen Staatsbahnen an das Reich kann nur die Rede

sein, wenn unter den gleichen Bedingungen auch die anderen Eisenbahnen auf das Reich übergeben. Bei der Auswahl der Beamten soll ohne Rücksicht auf die politische Anschauung und Parteigebhörigkeit entschieden werden.

Abg. Rosenfeld (Unabh. Soz.): Der Wiederaufbau und die Wiedergewinnung der deutschen Wirtschaft ist nur durch Sozialisierung zu erreichen. (Lärm rechts.) Ihr Lachen beweist, daß Sie von der Volksseele keine Ahnung haben. Wenn Sie sich gegen diese Volksforderung stemmen, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Ihre schönen Worte auf das Volk keinen Eindruck machen. Die Gemeinden warten nur das Signal der Regierung zur Kommunalisierung. (Lebhafter Widerspruch.) Trotz der Revolution ist nicht einmal die politische Freiheit erreicht.

Abg. von Dammberg (Welfe) führt Beschwerde über die Notstandsarbeiten am Mittelländkanal, durch die das Haus vor eine vollendete Tatsache gestellt werden solle.
Donnerstag 12 Uhr Weiterberatung.
Schluß 8 1/2 Uhr.

Die Not des Handwerks.

Der Handels- und Gewerbeausschuß der Preussischen Landesversammlung beschäftigte sich mit Handwerkerfragen und nahm Beschlüsse an, die die Regierung ersuchen, ihrerseits nach Kräften an der Linderung der Not des Handwerks mitzuwirken. Gute derartige Mahnung an die Regierung zu richten, ist ja leider heute notwendiger als je. Denn die sozialistisch-demokratischen Regierungsmänner der Revolution haben für das Handwerk kein warmes Herz mit in ihre Ämter gebracht. Die Sozialdemokratie möchte ja am liebsten mit dem gesamten Mittelstande aufräumen, in dem sie nur ein Geamnis für die restlose Verwirklichung ihrer Parteidoctrinen erblickt.

Aber auch den Demokraten der Partei des Börsen- und Warenhauskapitals ist das Handwerk eine „rückständige“ Schicht, deren Zugrundegehen man, trotz gelegentlicher Wohlverpöndungen, ohne jedes Bedauern ansehen würde. Haben die Handwerker schon früher nicht mit Unrecht geklagt, daß die Regierung für sie meist nur schöne Worte, die Taten hingegen für andere habe; so fallen jetzt kaum noch verächtliche Neußerungen für sie ab. Wiederholt ist von leitenden Stellen erklärt worden, die Regierung könne zur Unterstützung des Handwerks wenig oder doch nichts ausreichen tun; sie müsse an „das Publikum“ die Ermahnung richten, durch Erteilung von Aufträgen das Handwerk zu fördern. Ein recht wohlfeiler Rat, der den guten Willen der heutigen Regierungsmänner nicht im besten Lichte erscheinen läßt. Denn „das Publikum“, dem die Regierung die Pflicht zuschieben möchte, dem Handwerk zu helfen, übrigens zum Teil gerade wieder dieselben Schichten, deren Not behoben werden soll, kann bei den jetzigen Preisverhältnissen kaum Aufträge in größerem Umfange erteilen, und das Handwerk könnte sie infolge Mangels an Rohstoffen auch nicht ausführen. Mit Recht fordert daher der Ausschuß der Preussischen Landesversammlung die Regierung auf, sich in dieser Frage zu rühren, von Worten zu Taten überzugehen, indem sie die Staats- und Gemeindebehörden anhält, bei Vergabung von Arbeiten und Lieferungen Beschlüsse zu beachten, die geeignet sind, dem Handwerk wenigstens wieder etwas auf die Beine zu helfen.

Und das tut wahrhaftig not! Tief traurig sieht es heute im Handwerk und im gesamten Mittelstande aus. Von den Handwerkern, die unter der Fahne standen und das Vaterland verteidigten, hat ein großer Teil den Boden völlig unter den Füßen verloren. Der Betrieb ist zu Grunde gegangen, die Kundenschaft hat sich verlaufen; der Meister muß mit seiner Lebensarbeit ganz von vorne beginnen. Aber auch gar mandem der Handwerker, die in der Heimat geblieben sind, ergeht es nicht viel besser. Man denke an die Bäcker und Fleischer, die ihre Selbstständigkeit und damit ihre Berufsfrucht eingebüßt haben und zu Warenverteilern der sozialistischen Zwangssysteme herabgedrückt sind, zu Kulis des Kommunismus; oder an die Schuhmacher und Schneider, die Mangel an Ware und Rohstoffe zwingen, den Betrieb zu schließen, an die Bauhandwerker, die das Stillliegen der Bautätigkeit schon seit Jahren erwerbslos macht. Kurz, wohin man im Handwerk blickt, allenthalben schaut einem die Not aus trüben Augen entgegen. Und bei der jetzt, seit der Revolution in Deutschland eingerissenen Miswirtschaft und Unordnung auch noch für lange Zeit keine Aussicht auf Besserung. Das einzige, was helfen könnte, Schaffung von Sicherheit und Ordnung und dadurch Hebung des Wirtschaftslebens und Belebung des inneren Marktes, dazu rafft sich unsere Regierung nicht an. Sie hat für die schwierige Lage der Mittelständigen ja überhaupt kein Verständnis oder will keins haben. Denn sie ist eine einseitige sozialistische Klassenvertretung ohne Allgemein-sinn. Statt dem Handwerk zu helfen, erhöht sie daher noch dessen Sorgen mit ihren unreisen und zurzeit jedenfalls unangebrachten Sozialisierungsplänen. Das verderbliche, unwürdige und deshalb lähmende Zwangssystem soll ja, wenn es nach dem Willen der Sozialdemokraten geht, für die Bäckereien, Fleischerien, den Lebensmittelhandel usw.,

„dauernd verankert“ werden; das hieße einem erheblichen Teil des Mittelstandes die Selbstständigkeit und die Möglichkeit sich wieder emporzuarbeiten, für alle Zeit rauben. Die Vernichtung des Handwerks, seine Proletarisierung ist ja ein altes Ziel der Sozialdemokraten; und jetzt halten sie die Stunde für gekommen, es mühelos zu erreichen. Um so mehr müssen die Freunde des Handwerks auf der rechten der Volksvertretungen heute mit aller Entschiedenheit für den Wiederaufbau und die Erhaltung des Mittelstandes eintreten.

Aus Stadt und Land.

Köslin, den 9. Mai 1910.

Zum 10. Mai: Sonnenaufgang 4,16. — Sonnenuntergang 7,38. — Mondaufgang 3,11. — Monduntergang 2,40.

— Verkehrsvereinfachungen. Vom 8. Mai dieses Monats ab verkehrt auf der Strecke Danzig-Belgard, Personenzug 598 Köslin ab 12,07 Vormittags und weiter bis Berlin, ebenso wird von heute den 9. dieses Monats ab Personenzug 591, — Köslin ab 5,40 mittags — von Belgard bis Danzig durchgeführt.

Wegen anhaltenden Kohlenmangel wird, wie an den letzten Sonntagen, nochmals am Sonntag, den 11. dieses Monats der gesamte Personenverkehr mit Ausnahme von einigen Zügen eingestellt. Es verkehren an diesem Tage nur folgende Personenzüge: Auf der Strecke Danzig-Belgard Personenzug 591 Köslin ab 5,40 vormittags Richtung Stoly und Personenzug 598 Köslin ab 12,07 vormittags Richtung Belgard.

— g. Beschlagnahme wurde Donnerstag abend von der Polizei auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein halbes Schwein, das ein Berliner Fleischer in der Kösliner Umgegend gehamstert hatte und mit dem er seine Kasse nach Berlin antreten wollte.

— Sozialer Lehrgang. Den letzten Vortrag in der Gymnasialaula hielt Seminardirektor Hübener über „den Kampf um den Religionsunterricht in der Schule.“ Er ging, aus von der Einwirkung der Revolution auf die Schule, berührte die täppischen Eingriffe Adolfs Hoffmanns und die Bestrebungen auf Abschaffung des Religionsunterrichts und betonte dann die Wichtigkeit und Notwendigkeit eines christlichen Religionsunterrichts. Die Religion sei zwar nicht lehrbar, aber der Inhalt der Religion seien Taten Gottes und Taten, diese lerne man in der Geschichte kennen. „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß.“ Einen geschichtlichen-religionswissenschaftlichen Unterricht lehnt Redner wegen seiner Unfähigkeit für Kinder, einen Moralunterricht wegen seiner Trodenheit und Unfruchtbarkeit ab, ebenso hält er einen interkonfessionellen Religionsunterricht für unzulässig und tritt für einen geschichtlichen Unterricht in evangelischer und katholischer Ausprägung ein, der ein organischer Bestandteil des Schulunterrichts bleiben müsse. In der Aussprache wird darauf hingewiesen, daß sicherlich 90% unseres Volkes für den christlichen Glauben in der Schule eintreten. Die Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei gingen also auf eine Vergewaltigung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes und ihrer eigenen Parteimitglieder hinaus. — Ein Arbeiter setzte sich eindrucksvoll für christliche Jugendberziehung ein. Mit Worten des Dankes und einem Aufruf zur Arbeit wurde der wohlgelungene gut besuchte Lehrgang von Pastor Teitensdorn geschlossen.

— Wer war Jesus? So lautete das Thema des zweiten der vier Vorträge, die Superintendent Meyer im Gemeindehause hält. Das Thema und die Person des Redners hatten am gestrigen Donnerstag den großen Saal des Gemeindehauses bis auf den letzten Platz gefüllt. Superintendent Meyer, der, wofür wir besonders dank sagen, unserer Anregung folgte und von der Kanzel aus sprach, gab in einstündigem Vortrag eine eingehende Darstellung der Person Jesu, indem er sorgfältig alles zusammentrug, was uns über Jesus berichtet wird. Dann behandelte er eingehend die verschiedenen Auffassungen über die Person und bewies schließlich in überzeugender Weise, daß Jesus Gottes Sohn war. Besonders danken wir dem Redner für das positive Bekenntnis, das er für die übernatürliche Geburt und für die Auferstehung unseres Herrn und Heilandes ablegte. In fast atemloser Aufmerksamkeit folgte die gewaltige Versammlung den Darbietungen, die einfach gehalten auch dem schlichtesten Manne etwas gaben und auch dem Gebildeten Anregung brachten.

Der nächste Vortrag, dessen Besuch wir nur angelegentlich empfehlen können, findet kommenden Donnerstag mit dem Thema „Was wollte Jesus?“ statt.

— g. Die Neuwahlen zum Kreistage im zweiten Wahlbezirk des Wahlverbandes im Kreise Köslin hatten folgendes Ergebnis: Bauerhofsbesitzer Friedrich Reinfeld-Konikow (unpol. Liste), Rittergutsbesitzer von Heydebreck-Bogzlin (unpol. Liste), Eigentümer August Scheunemann-Schweffin (Dem.), Eigentümer Georg Wegner-Roskow (Soz.)

Schleichendes Gift.

Roman von Reinhold Ortmann.

501

(Nachdruck verboten.)

„Daß du es gut meinst — davon bin ich wohl überzeugt“, sagte er. „Aber es handelt sich hier leider nicht um törichte Mißverständnisse und nicht um Eigensinn. Du bist kein Kind mehr, Edith — und es ist mir ganz lieb, daß wir einmal über die Sache reden. Ich will nicht fragen, woher du deine bisherigen Kenntnisse hast —“

Wieder stieg eine Blutwelle in ihren Wangen empor. „Ich brauche durchaus kein Hehl daraus zu machen“, wollte sie beginnen, aber er wehrte hastig ab.

„Es ist ja ganz gleichgültig — wenn du nur weißt, um was es sich handelt. Du hast wahrscheinlich gehört, daß ich mich in „unverständlichem Eigensinn“ weigerte, Leute, die mich beleidigt haben, deswegen zu verfluchen. Nicht wahr — so hat man es dir erzählt?“

Sie gewann es nicht über sich, ihn zu belügen. So half sie sich mit einer Gegenfrage:

„Ist es denn nicht so, Hermann?“

„Nicht ganz. Ich bin dem Herrn Obersten von Maltitz oder meinem Herrn Schwager allerdings keine Erklärungen schuldig gewesen, und sie haben sich mit meiner Weigerung ohne weitere Motivierungen begnügen müssen. Dir aber will ich sagen, weshalb ich nicht anders handeln konnte. Wir werden ja nicht so ganz und gar verschieden geartet sein, daß du mich nicht verstehen solltest. Und ich kann dir doch wohl Vertrauen schenken?“

„Du wirst das selbst am besten wissen!“

„Nun also — Beantworte mir zunächst einmal eine Frage, Edith — ganz ehrlich, bitte! Findest du es nicht seltsam, daß gerade mein Schwager eine Rechtfertigung von mir verlangt? — Wäre er mit diesem Ansinnen zu dir gekommen — hättest du in meiner Lage ihn nicht zurückgewiesen?“

Edith zögerte. Sie sah vor sich nieder — und er ließ

ihre Zeit, mit wie ungeheurer Spannung er ihre Antwort auch erwarten mochte.

„Wenn er eine Rechtfertigung verlangt hätte —! Aber das hat er doch nicht getan.“

„Nicht? — Ja was denn anders, Edith? — Weshalb soll ich denn nach deiner Meinung dieses Blatt verfluchen? — Die Leute hier haben doch kein Interesse daran, daß der Herausgeber zu einigen hundert Mark Geldstrafe verurteilt wird! Ich soll mich reinwaschen — ich soll den Beweis dafür erbringen, daß ich kein Dieb und kein Betrüger bin!“

Totenblau war Edith geworden, und ihre Augen hatten sich weit geöffnet.

„Du mußt dich irren!“ sagte sie tonlos. „Ganz gewiß, so ist es nicht, Hermann. Niemand, niemand mißtraut dir, und Helmut am wenigsten —!“

„Ich habe noch nie ein Wort darüber verloren und ich sage es auch jetzt nicht, weil ich mich damit rühmen will. Aber wenn man mit Keulen nach mir schlägt, so muß ich mich wohl wehren. Helmut hat seit dem Tode seines Vaters auf meine Kosten gelebt. Ich habe es ihm ermöglicht, Offizier zu bleiben. Hätte er nicht die Pflicht gehabt, nun, da ich mit Schmutz beworfen werde, unbedingt zu mir zu stehen? — Darf er sich zum Vertreter der Leute machen, die mich mit ihrem Argwohn erniedrigen?“

Sie hatte wiederholt den Versuch gemacht, ihn zu unterbrechen, aber es war ihr nicht gelungen. Nun sagte sie in angestimmtem Flehen: „Du machst mich ganz wirt, Hermann — Ich kann das alles nicht glauben, was du sagst. Helmut hat mir gefügt; man darf sich nicht ungestraft beleidigen lassen — ihm selbst wäre die Sache ganz gleichgültig gewesen, aber seine Kameraden sind alle der Meinung, daß man es nicht dürfte —“

„Und du bist naiv genug gewesen, das zu glauben.“

„Ich glaube es auch jetzt noch. — Bitte, laß mich einmal reden! Du wirst nicht böse werden, denn du glaubst doch wohl, daß ich wenigstens nicht aus Mißtrauen und Argwohn spreche. Ich will dir sagen, wie mir als Frau die ganze Sache erscheint. Ich finde, daß die

Männer wieder einmal etwas Ungeheures aus einer Nichtigkeit gemacht haben. Der Oberst und all die andern hätten sich nicht um die Sache zu kümmern brauchen.“

„Aber da sie sich einmal darum gekümmert haben, hättest du Humor genug haben sollen, dich nicht aufs hohe Pferd zu setzen. Du wirst nicht anders, nicht besser und nicht schlechter, nicht größer und nicht kleiner dadurch, wenn du sagst: mich trinkt diese lächerliche Anschuldbildung nicht, aber wenn auch ein Gefallen damit geschieht, kann ich meinethwegen eine Beleidigungslage ansprechen.“

Ruhig hatte er sie angehört, und nun nickte er ein paarmal.

„Du bist ein kluges Mädchen, Edith. Und bedingungslos würde ich dir recht geben, wenn die Voraussetzungen richtig wären, von denen du ausgehst. Das Wichtigste aber überiehst du ganz und gar. Man hat dir die Ueberzeugung beigebracht, daß es eine leichte und bequeme Sache für mich wäre, diese Beleidigungslage anzutreten. Wenn ich es nun aber nicht könnte, Edith?“

Unsicher forschte sie in seinen Zügen.

„Nicht könntest? — Wie meinst du das?“

„Gib mir zunächst doch einmal Antwort! Du bist mir noch immer ausgewichen. Ob ich den Menschen, der das geschrieben hat, verfluche oder nicht — darf es irgend jemandem irremachen in dem Glauben an meine Rechtschaffenheit? — Darf es die Bedingung sein für diesen Glauben?“

„Nein!“

Zeit und bestimmt kam die Antwort. Und seine Hände preßten ihre Rechte, daß sie vor Schmerz hätte aufschreien können

„Das ist das erste menschliche Wort — Edith!“

(Fortsetzung folgt.)

Zeitungs Diebstahl. In der Nacht zum Montag wurde im kleinen Gutshaus eingebrochen und ein großer Posten Wäsche gestohlen.

Kolberg. Die Submissionsblüten im Handwerk erschienen wieder auf der Oberfläche. Bei einer kürzlichen Ausschreibung von Malerarbeiten durch die hiesige Kreisverwaltung betrug das Höchstgebot 8500 Mark, während ein hiesiger Malermeister mit 5500 Mark das niedrigste Angebot machte.

Polzin. Keine bessere Inzuberbindung. Die hiesige Badeverwaltung hatte sich wegen einer Zugverbesserung nach Polzin an die Eisenbahndirektion in Stettin gewandt. Daraus ist nun folgende Antwort eingegangen:

Zufolge des Streiks im Ruhrgebiet ist die Kohlenversorgung der Eisenbahn derartig schlecht geworden, daß vorläufig einer Verbesserung der Zugverbindungen nach Polzin nicht näher getreten werden kann. — Sobald sich die Betriebsverhältnisse aber wieder gebessert haben, werden wir auf eine Inzuberbindung bedacht sein und auch auf Ihren gestellten Antrag zurückkommen.

Dramburg. Die herrliche Kleinkunst! Das hiesige Kreisblatt gewinnt sich aus Anlaß der Tatsache, daß Dramburg ein Quartier bekommen hat, unter anderem folgende Sätze ab:

Die Feldgrauen kommen aus der Reichshauptstadt und gehören dem Detachement Tilmann an. Großstadtluft weht also jetzt in unserem Städtchen, schon insofern, als bei der gestrigen Maifeyer im Arndtschen Saale ein Solotanz von zwei Feldgrauen zum Vortrag gebracht wurde.

Soll man sich da wundern, wenn man in der Welt über Hinterpomporen lacht?

Rehettin. Ein Einbruch wurde in der Nacht vom Sonntag zum Montag beim Gutshausbesitzer Schulz zu Perlanzia Abbau verübt. Die Einbrecher waren in den Keller eingedrungen und hatten hier eine Anzahl Hüfnerer ausgespart. Auf leeren Rufen waren sie dann von außen, nachdem sie einen Schuß durch das Kinderzimmer geseuert hatten, in das Haus eingedrungen, wo sie alles durchwühlten und eine Anzahl Brote, Weck- und Einmachgläser mitgenommen hatten. Durch die Tritte erwachte der Hausherr und war der Meinung, daß die Mädchen noch auf seien. Nachdem man die Gewißheit sich verschafft hatte, daß dies nicht der Fall war, sondern eingebrochen sei, eilte man zum Pferdewall, um die Knechte zur Hilfe herbeizurufen. Ein Einbrecher war nachher mit und schob in den Pferdewall hinein, worauf zweimal aus demselben herausgeschossen wurde. Einen weiteren Schuß gab der Einbrecher auf das Fenster ab, wo sich der Besitzer gezeigt hatte. Er trat aber in der Dunkelheit ein falsches Ziel und beschädigte den Schreibtisch. Durch die Störung hatten sich die Einbrecher verzogen. Ihre sofortige Verfolgung hatten sie dadurch verhindert, daß sie die Telefondrähte am Hause durchschnitten. Am Morgen fand man noch eine zerbrochene Kaffeetasse und einen Hundertmarkschein, der ihnen entglitten war.

Stettin. Stadtverordneten-Versammlung. Für Kleinwohnungsbauförderung wird ein Betrag von einer Million Mark neu in den Haushaltsplan eingestellt. An Kriegsausgaben werden 22 800 000 Mark für die Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni 1919 bewilligt.

Erste Strafkammer des Kösliner Landgerichts.

Köslin, 8. Mai.

Vorsitzender: Landgerichtsdirektor, Geheimrat Justizrat Haken. — Beisitzer: Geheimrat Justizrat Urban, die Landrichter Richter und Dr. Schröder und Assessor Siemens. — Vertreter der Anklagebehörde: Assessor Dr. Haeder. — Berichtschreiber: J. A. Referendar Dahlke.

Nächtlicher Einbruch in die Bekleidungsstammer des Feldartillerie-Regiments 2 Kolberg. Aus der Untersuchung wurden zwei ehemalige Artilleristen, der Steinbildhauer Karl Engelle und der Arbeiter Karl Bumm vorgeführt, die auf Befragen geständig waren, in der Nacht zum 22. März dieses Jahres unter Beihilfe eines damals noch aktiven Artilleristen, der in der betreffenden Nacht Posten stand, in die Kleiderkammer des Feldartillerie-Regiments 2 zu Kolberg mittels eines Nachschlüssels eingedrungen zu sein und sich daraus eine erhebliche Menge Kleidungsstücke, Schuhzeug und Wäsche angeeignet zu haben. Erkannt wurde gegen Engelle auf ein Jahr und gegen Bumm auf 9 Monate Gefängnis.

Von der Anklage, sich einer strafbaren Preissteigerung schuldig gemacht zu haben, freigesprochen. Wegen den Kaufmann Gustav Leich zu Kolberg war ein Strafverfahren in die Wege geleitet worden, weil er hinsichtlich verdächtig erschien, sich im Verlauf des Jahres 1917 einer strafbaren Preissteigerung beim Verkauf von Pfeffererbsen schuldig gemacht zu haben. Die heute anstehende Hauptverhandlung endete mit der Freisprechung des Angeklagten.

Verurteilung wegen Fahrlässigkeit. Wegen grober Fahrlässigkeit in der Ausübung seines Berufs wurde der Wirtschaftsinспектор Friz Hobus zu Or. Pöblich zu 1 Woche Gefängnis verurteilt; er hatte am 8. März d. Js. eine mit elektrischem Antrieb versehene Sägelschneidemaschine laufen lassen, obgleich er wußte, daß die Leistungsfähigkeit nicht vorchriftsmäßig abgedeckt war. Und da war das Unglück geschehen. Die 19jährige Tagelöhnerin Hedwig Krönig wollte über die Stange wegschreiten; diese verfang sich in den Rädern und das Mädchen wurde herum gewirbelt und getötet, ehe die Maschine abgestellt werden konnte.

Von der Anklage des Diebstahls freigesprochen, wegen Mundraubs verurteilt. Die Arbeiterfrau Wilhelmine Jahnke, geb. Gramke, zu Schinz bei Standemin stand unter der Anklage, einem Hausgenossen, dem Maschinisten Robert Prischmann, in der Zeit von Mitte Dezember d. Js. bis 23. Januar d. Js. fortgesetzt Fleisch, Wurst und Wäsche mittels Einbruch entwendet zu haben, doch hielt der Gerichtshof auf Grund der vorgenommenen Beweiserhebung den Einbruch und Diebstahl nicht für erwiesen, sondern erkannte nur wegen Mundraubs auf 50 M. oder 10 Tage Haft.

Das Wetter der letzten Woche.

(27. April bis 4. Mai 1919.)

Während der letzten acht Tage war das Wetter in ganz Deutschland sehr veränderlich, jedoch überwiegend trübe, kühl und ziemlich reich an Niederschlägen. Besonders in der ersten Hälfte der Woche kamen noch an vielen Orten Nachfröste vor; in der Nacht zum Montag brachte es beispielsweise Dahme auf -3, in der folgenden Nacht Cassel auf -8, Wittenhausen auf -4 Grad Celsius, und in der Nacht zum 1. Mai hatten z. B. Sabelsdorf, Cassel, Warburg, Weilburg und Trier noch 2 Grad Kälte. Auch die Mittagstemperaturen überschritten, außer im östlichen Ostseegebiete, nur wenig 10 Grad Celsius. Bis zum Dienstag kamen in den meisten Gegenden West- und Mitteldeutschlands außerordentlich zahlreiche Regen- und Graupelschauer und auch nicht unbedeutende Schneefälle vor. Am ergiebigsten waren sie im Staate Sachsen, am Dienstag morgen wurden z. B. in der Stadt Dresden 17, in Wahrensdorf nahe bei Dresden und in Annaberg, desgleichen in Berlin 16 mm Niederschlagshöhen gemessen. Während sich dort die stärkeren Niederschläge in der folgenden Zeit hauptsächlich auf das Nordseegebiet beschränkten, breiteten sie sich vom mittleren Norddeutschland, wo sich jetzt der Himmel auch öfter aufklärte, allmählich weiter ostwärts aus. An verschiedenen Orten waren sie auch von kurzen Gewittern begleitet. Von Mitt-

woch bis Sonntag, morgen fielen z. B. in Königsberg i. Pr. 27, von Donnerstag bis Sonntag in Memel 38 mm Regen und Schnee, von Sonnabend bis Sonntag in Grünberg 18 mm Regen.

Was bietet der Kriegerverein seinen Mitgliedern?

Was bietet das Kriegervereinswesen, was bieten die im Kriegervereins-Bunde zusammengeschlossenen 32 000 Kriegervereine ihren Mitgliedern? Das ist eine Frage, die man immer wieder hört.

Durch Eintritt in den dem Kriegervereins-Bunde angeschlossenen Preussischen Landes-Kriegerverband, dem alle Kriegerverbände und Kriegervereine in Preußen unterstellt sind, treten auch die neu hinzukommenden Mitglieder in Preußen sofort in den Genuß folgender Wohlfahrtsleistungen:

1. Kostenlose Rechtsauskunft und Vermittlung. Hauptauskunftsstelle Berlin W. 50, Weisbergstraße 2. Kostenlose Zuanpruchnahme unserer allgemeinen Auskunftsstellen im ganzen Reich.
2. Kostenlose Unterbringung, Unterhaltung, körperliche Pflege und Bildung von Kriegerwaisen (zur Verfügung stehen fünf Kriegerwaisenhäuser in Römheld (Sachsen-Meinungen), Dsnabrück, Samter (Prov. Posen), Cauth in Schlesien und Wittlich b. Trier.)
3. Unterstützung von Kriegerwitwen und deren Hinterbliebenen.
4. Interessenvertretung bei allen amtlichen und privaten Behörden.
5. Gewährung von Unterstützung an erkrankte oder in Not geratene Kameraden.
6. Gewährung von Reiseunterstützung zum Besuch von Badefuren.
7. Gewährung von Notstandsunterstützung bei allgemeinen Notständen.
8. Reichs-Krieger-Dank, Unterstützung für bedürftige Kriegsteilnehmer, die nicht kriegsbeschädigt sind und daher keine Rente erhalten. (Der Reichs-Krieger-Dank ist in Vorbereitung.)
9. Veteranenunterstützungen für Bedürftige.
10. Kostenloser Arbeits- und Stellennachweis.
11. Die Benutzung der Lebensversicherungsanstalt und Sterbekasse des Deutschen Kriegerbundes (Abteilung der „Friedrich Wilhelm“, Lebensversicherungs-A.-G.), Berlin W. 50, Weisbergstraße 2.

- a) Altbewährte Tarife und vorteilhafte Bedingungen für Lebensversicherung mit und ohne ärztliche Untersuchung. Besondere Einrichtung zur Versicherung von Personen mit nicht ganz einwandfreier Gesundheit.
- b) Sterbekasse- und Lebensversicherung ohne ärztliche Untersuchung mit Monatsprämien schon von 1 Mark an.
- c) Aussteuer- und Patenschaftversicherung, die den besonderen Vorteil bietet, daß die Beiträge nur so lange zu zahlen sind, als der Versorger lebt, und daß bei seinem Tode die Versicherung ohne weitere Beitragsverpflichtung in Kraft bleibt.
- d) Kollektivversicherung ganzer Vereine und Körperschaften nach bewährtem Vorzugstarif.
12. Gewährung von bedeutenden Sondervergünstigungen beim Abschluß von „Haftpflicht“, „Unfall“, „Glas“, „Wasserleitungsschäden“-Versicherungen. (Die Namen der Versicherungen sind bei den Geschäftsstellen in Erfahrung zu bringen.)

Aus den Kassen der Kriegerverbände und der 32 000 Kriegervereine des Reichs werden für Unterstützungen jährlich rund 7,30 Millionen Mark angewendet.

Für Waisen und Halbwaisen wird in fünf Waisenhäusern gesorgt, für die jetzt schon jährlich ein Viertel Million Mark angewendet wird. Weitere Waisenhäuser werden errichtet. Nach dem Grundsatze „Freie Bahn dem Tüchtigen“ werden jährlich 400 000 Mark Erziehungsgelder aufgewendet. So sind aus den Waisenhäusern Handwerker und Künstler, Lehrer und Lehrerinnen, Offiziere, Beamte und Kaufleute hervorgegangen.

Der Kriegervereins-Bund ist mitberufen, bei der Vorbereitung der Gesetze für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene tätig mitzuwirken. Auskunfts-, Rechtsberatungs- und Vermittlungsstellen sind überall im Deutschen Reich vom Kriegervereins-Bunde errichtet worden, um die Kriegsteilnehmer in ihren Ansprüchen gegen Staat und Gemeinde zu stützen und um ihre Lage auf Grund der zu Gunsten der Kriegsteilnehmer erlassenen Gesetze zu erleichtern. Als größte private Organisation hat der Kriegervereins-Bund auch die Macht, zum Wohle der Kriegerfamilien sich Geltung zu verschaffen. Er leistet damit große soziale und nationale Arbeit. Große Fürsorgeorganisationen mit erheblichen Geldmitteln bestehen für Kriegsbeschädigte, unter denen die Nationalstiftung mit 125 Millionen Mark und die amtliche Kriegsbeschädigtenfürsorge mit 150 Millionen Mark aus der Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigtenfürsorge hier genannt werden sollen. Nicht alle, die es verdient und nötig haben, hieraus zu schöpfen, finden den Weg dahin. Auch hier leistet der Kriegervereins-Bund seine tätige Beihilfe. Für Kriegsteilnehmer, die nicht kriegsbeschädigt sind, aber durch Alter, Krankheit oder wirtschaftliche Not hilfsbedürftig werden, und für solche, für die die Mittel der beiden großen Stiftungen nicht zur Verfügung gestellt werden können, hat der Kriegervereins-Bund den Reichs-Krieger-Dank ins Leben gerufen.

Millionen deutscher Stammesbrüder sind es aber, die in immer noch wachsender Zahl an Staat und Fürsorgeorganisationen herantreten; nicht allen kann durch sie erschöpfend geholfen werden. Deshalb hat der Kriegervereins-Bund sein großzügig angelegtes Wohlfahrtsystem geschaffen, das den Mitgliedern der ihm angeschlossenen Vereine ergänzend zur Staatsbeihilfe zugute kommt.

Mitglied kann und muß jeder ehemalige Heeresangehörige ohne Unterschied der Partei werden! Der Kriegervereins-Bund treibt keine Politik. Seine Mitglieder stehen auf dem Standpunkte der Treue und Liebe zum Vaterlande und zum Volke, kameradschaftlicher Hilfsbereitschaft und zielbewusster Verfolgung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen.

Vermischtes.

Die Befestigung der deutschen Denkmäler in Posen. Am Donnerstag, dem 3. April 1919, abends fand auf dem Alten Markt in Posen eine Demonstrationsversammlung für die Abtretung Danzigs an Polen statt. Dr. Gankowski hielt eine längere Ansprache über die Danziger Frage und forderte hierbei das Volk auf, gegen eine Vergewaltigung zu protestieren. Hierauf riefen die Versammelten: „Wir gebens nicht ab.“ Krajna sprach sodann über die Kaskuben, die ihre Befreiung aus der Kreuzritterknechtschaft herb liehen. Hierauf hielt Probst Lubmiczal eine längere Ansprache, worin er anführte, daß die Danziger Frage sehr ungewiß sei, da speziell Wilson den deutschen Einflüsterungen viel Gehör schenke. Er protestierte scharf gegen die Einverleibung Danzigs und Pommerns an Deutschland. Die Versammelten riefen: „Wir geben Danzig nicht ab.“ Arbeitervertreter Sieradi sprach hierauf in ähnlichem Sinne und erklärte: „Komme was wolle, Danzig muß polnisch werden.“ Redakteur Plotowski hielt eine ähnliche Ansprache.

Redakteur Marweg verlas hierauf zum Schluß eine Resolution, die sich gegen die Belassung Danzigs bei Deutschland richtete. Er legt Protest ein gegen die Vergewaltigung polnischer Interessen. Polen könne ohne Danzig nicht existieren und würde nicht eher ruhen, bis Danzig und Westpreußen von Deutschland besetzt wird. Nach einstimmiger Annahme der Resolution durch die Versammelten bewegte sich der Zug nach dem Wilhelmplatz (Jetzt Freiheitsplatz genannt), wo Redakteur Piotrowski und Veteran Jonsocz erneut Ansprachen hielt. Naunher löste sich alles in verschiedene Gruppen auf und zog nach den einzelnen Standorten der Denkmäler, um diese in bestmöglicher Weise zu besetzen, trotzdem allgemein bekannt war, daß die Denkmäler sachgemäß entfernt werden würden. Mit beschleunigten Schritten wurden nachfolgende Denkmäler heruntergerissen: das Kaiser Friedrich und Löwentempel auf dem Wilhelmplatz, Kaiser Wilhelm-Denkmal vor dem Generalkommando, Bismarck und Brandenburgdenkmal vor dem Berliner Tor, das Briesenandenkmal gegenüber dem alten Pfarrkirchhof in der St. Adalbertstraße und das Jahndenkmal auf dem Ludendorffplatz. Nachdem die Denkmäler heruntergerissen waren, schlug die heulende Meute auf die leblosen Figuren ein und schleifte sie durch die Straßen nach dem Wilhelmplatz, wo sie liegen blieben und am anderen Tage von der Polizei nach einem Lagerplatz in der Wronkerstraße gebracht wurden. Auch das Schillerdenkmal im Schillerpark wurde im Laufe des 4. April beschädigt. Nachmittags hatte dann eine größere Anzahl von Schülern und Schülerinnen das Denkmal mit Steinen usw. benorfen, heruntergerissen, die Böschung hinuntergerollt und in den Teich geworfen. Außerdem hat sich das sogenannte tiefschichtige polnische Volk nachfolgende Gemeinheit geleistet. Von dem an dem Sockel des Bismarck-Denkmal befindlichen Namen „Bismarck“ wurden von Bubenhänden die iden Buchstaben „B“ und „i“ entfernt, so daß noch „smarck“ stehen geblieben ist. Dieses Wort heißt auf Deutsch „Roh.“ Die sachgemäße Entfernung der Denkmäler ehemaliger Herrscher wäre bei den gespannten Verhältnissen vielleicht etwas entschuldbar gewesen. Für die Befestigung der Denkmäler, dazu noch eines Schillerdenkmals, auf eine derartige bestialische Art und Weise gibt es keine Entschuldigung, es ist eines Volkes unwürdig. Das ist die Kulturaktion, das Volk der Ritter und Edlen, das sich in Wort und Schrift nicht genug tun kann in Selbstbeweihräucherung und das nicht müde wird, alles Deutsche zu verschimpfen. Der Pole ist leichtsinnig, jähohnig und unzuverlässig und den Deutschen gegenüber stets ein meinelidiger Verräter gewesen.

Der kirchlich-soziale Bund hielt seine jährliche Hauptversammlung am 29. April unter Leitung von Herrn Geheimrat D. Dr. Seeber. Nach dem Geschäftsbericht des Generalsekretärs D. Dr. Mumm hat der Bund (Geschäftsstelle Berlin NW. 87, Elte Wardenbergstraße 28) im vergangenen Jahre seinen Mitgliederbestand erheblich erhöht und eine Reihe neuer kirchlich-sozialer Schriften herausgegeben. Für Kriegsarbeit hat er 136 035 Mark verauslagt, insbesondere für Soldaten- und Marineheimen. Eine „Eiderrückung“ des Bundes dient zur Förderung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. In Köslin ist eine Ortsgruppe in Bildung begriffen.

Masse und Einzelpersonlichkeit.

Von General der Infanterie z. D. Freiherrn von Freytag-Loringhoven.

In der Einleitung zu seinem Buche „Sozialismus und soziale Bewegung“ (7. Auflage 1919) führt Professor Werner Sombart aus: „Die Liebe zur Masse und der Respekt vor der Masse folgt unmittelbar aus dem Zusammenleben jedes einzelnen Lohnarbeiters mit den Tausenden Gleichgestellter... Und wenn wir uns die soziale Bewegung unserer Tage imilde vorstellen wollen, so sehen wir sie immer nur als eine ungeheure Menschenwelle, aus der kaum ein Einzelner herausragt.“ Aus psychologische überleht, bedeutet das eine gewaltige Steigerung des Massenbewußtseins im einzelnen und eine Förderung aller massenethischen Empfindungen.

Für weiteres Wachstum des Massenbewußtseins bildete der Massenkrieg einen günstigen Boden. In ihm vollzog sich eine nahezu vollständige Verschmelzung von Volk und Arme, und das mit der Zeit immer mehr in dem Sinne, daß der anfängliche Begriff der Arme, wenn auch dieser nichts anderes als das Volk in Waffen umfaßte, hinter den des Bewußtes Volk zurücktrat. So erklärten sich zum großen Teil manche Erscheinungen zu Ausgang des Krieges und in der Folgezeit.

Scheinbar steht damit im Widerspruch, daß gleichwohl im Kriege die Persönlichkeit des Einzelkämpfers in hohem Grade zur Geltung kam, und doch war solches in der Natur heutiger Kämpfe begründet. Auch hier lag, wie häufig im menschlichen Leben, an sich Widerspruchsvolles hart nebeneinander. Wir mögen daraus die Folgerung ziehen, daß auch sonst die Einzelpersonlichkeit nicht in der Masse unterzugehen braucht, ja, sofern sie wirklich diese Bezeichnung verdient, es gar nicht kann.

Inbesondere, wir Germanen haben trotz auf das unendliche Recht der Person, wie Treitschke sagt („Die Freiheit“). Aber es gilt, sich dessen bewußt zu bleiben, daß in der heutigen Zeit die Gefahr des Unterganges der Persönlichkeit in der Masse nicht gering ist. Gar zu viele Strömungen sind gefallen, die ehemals dem Einzelnen davor schützten. Erleben wir es doch noch jetzt täglich, daß selbst scheinbar gefestigte Charaktere unter den Mannschaften des Heeres der Einwirkung unaußersichtlicher und ungekräftig weiter geübter Agitation erliegen, daß die Massenagitation immer weitere Kreise der Intelligenz ergreift. Wir haben es im Kriege erlebt, daß selbst erlebte Geister bei unsern Feinden der Massenagitation und damit der Kriegspolizei erliegen sind. Weber Urteil noch sonstiger Geschmad haben sie davor bewahrt, in die allgemeinen Organe des Hasses gegen alles, was deutsch ist, einzutreten, und noch jetzt gibt keine Hoffnung auf eine Wandelung ihrer Denkwiese. Wohlthätig scheinen jetzt manche Gebilde bei uns der Agitation des Bolschewismus verfallen zu wollen. Seine Gefahr ist deshalb so groß, weil die Verberber- und Nachrichtenmittel unserer Zeit die Völker in sich mehr zusammengeschlossen und sie gleichzeitig einander genähert und der Einwirkung der Presse mehr zugänglich gemacht haben als es jemals früher der Fall war.

Das Persönlichkeitsideal, wie es Goethe und Wilhelm von Humboldt beherrschte, läßt sich allerdings auf die heutige Welt nicht mehr unbedingt anwenden. In dieser Hinsicht trat bereits 1901 („Die Freiheit“) Treitschke das richtige Wort, wenn er sagte: „Wenn wir heute noch die Worte Humboldts von der allseitigen Ausbildung der Persönlichkeit zu Eigenständigkeit der Kraft und Bildung freudig wiederholen, so liegt doch heute ein anderer Sinn in der alten Rede; denn diese Zeit ist eine neue, sie achtet nicht bloß von der Wahrheit der Antworten.“

Der gläubige Christ aber wird dem Baseler Pfarrer Gustav Benz zustimmen, der in einer seiner schönsten Predigten über das Gebet sagt:

„Wir scheitern, unser Geschlecht habe das Gebet so nötig, wie nur je ein früheres. Betend werden wir immer wieder innerlich frei. Betend erlangen wir die inneren Kräfte, deren wir bedürfen, wenn wir in der Gruppe, in der Masse nicht untergehen, sondern das werden wollen, wozu uns Gott geschnitten hat, Menschen, Persönlichkeiten, Geisteswesen, Kinder Gottes.“

Mag der Einzelne nun trachten, in dieser unruhigen, ungewissen Zeit, im Gebet die eigene Persönlichkeit immer wieder zurückzugewinnen und sich dadurch mit neuer Kraft zu erfüllen oder in der philosophisch-humanistischen Art Humboldts seinen Vult zu suchen, an jeden tritt die Pflicht heran, das Persönlichkeitsideal aus sich selbst heraus zu entwickeln. Nur so vermögen wir der Verantwortung zu genügen, die uns ohne Ausnahme im Leben zugewiesen ist. Unserem Volke müssen Persönlichkeiten entstehen, die imstande sind, es zu befreien von den geistigen Fesseln, in die über Weltmacherei es zu verstricken drohen. Auch im sozialen Staat bleibt Raum genug für die Entfaltung der Persönlichkeit. Sie ist die einzige wahre Ausanwendung der Freiheit.

Bekanntmachung.

Für die Herstellung von Kleinfeldbauwerken der Gartenheim-Gesellschaft Köslin, e. G. m. b. H., wird beabsichtigt, die Lieferung der nachstehend aufgeführten Baumaterialien zu vergeben:

Los 1: 831 Tausend Hintermauerungssteine,
 Los 2: 1470 Tonnen Zement,
 Los 3: 325 cbm gelochter Kalk,
 Los 4: 1600 " Mauerand und 2000 " grober, reiner Kies.

Die Verdingungsunterlagen liegen im Stadtbauamt, Stadthaus, Zimmer 4, während der Dienststunden, von 18 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm., zur Einsicht aus und können gegen Einzahlung von 2,00 Mark für jedes Los von dort bezogen werden.

Verslossene und mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote, auch für beliebige Teillieferungen, sind bis zum 24. Mai 1919, vormittags 10 Uhr, an das Stadtbauamt Köslin, Stadthaus, Zimmer 4, einzureichen, woselbst die Öffnung der Angebote in Gegenwart etwa erscheinender Bieter erfolgt.

Köslin, den 8. Mai 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Für die Einwohner der Stadt Köslin wird auf Abschnitt Nr. 92 der Lebensmittelkarte am Mittwoch, dem 14. Mai, auf den Kopf der Bevölkerung 1/2 Pfd. Haferflocken ausgegeben.

Die Abschnitte sind spätestens bis Dienstag abend bei den Kaufleuten abzugeben.

Die gesammelten Abschnitte sind von letzteren am Mittwoch früh dem Lebensmittelamt einzureichen.

Der Kleinhandelshöchstpreis für 1 Pfd. Haferflocken ist 62 Pfg. Selbstversorger haben auf diese Belieferung keinen Anspruch.

Köslin, den 8. Mai 1919.

Der Magistrat.

Brikettverteilung.

Sonnabend, den 10. d. Mts., von 8 bis 9 Uhr Große Baustraße, von 9 bis 10 Uhr Kleine Baustraße.

Gleichzeitig werden diejenigen Haushaltungen der Uderstr., Annenstr., Auguststr., Bachstr., Badgasse, Badstüberstr., Bahnhofstr., Gr. Baustr., Kl. Baustr., welche ihre Kohlenkarten noch nicht umgetauscht haben, in ihrem eigenen Interesse ersucht, dieses bestimmt am Sonnabend in der Zeit von 10 bis 2 Uhr zu bewirken.

Köslin, den 9. Mai 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Am Sonnabend, dem 10. Mai d. Js., findet eine weitere Fleischverteilung und zwar für den Bezirk 12 statt. Ausgabe der Ausweise von 9 Uhr ab im Stadtverordneten-Sitzungssaal. Brotausweise und Fleischkarte sind vorzulegen. Familien, die hausgeschlachtet haben, werden nicht berücksichtigt.

Der Vollziehungsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats Köslin.

Gründungsversammlung

des Evangelischen Gemeindevereins von St. Marien Köslin am Sonntag Jubilate (11. Mai) abends 8 Uhr im Gemeindehaus.

Tagesordnung u. a.: Vortrag des Herrn Seminarlehrers Hübner: „Christliches Gemeindeleben im Lichte vergangener Zeit“.

Alle männlichen und weiblichen Gemeindeglieder, die an einer Ausgestaltung unserer Landeskirche zur Volkskirche innerhalb unserer Sankt Marien-Gemeinde und darüber hinaus mitarbeiten wollen, sind zu dieser Gründungsversammlung des Gemeindevereins herzlich eingeladen. Eintritt ist kostenlos.

Der Gründungsausschuss, gez. vorm Stein.

Vom 5. Mai ab sind unsere Geschäfte geöffnet an den Wochentagen: von morgens 8 Uhr bis abends 6 Uhr, Sonnabends morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr, Sonntags nur 3 Stunden: morgens 8 Uhr bis 11 Uhr. Jeden 1. Feiertag ganz geschlossen.

Die Friseur-Innung.

Aufruf

zur Bildung einer militärischen Zeitfreiwilligenwehr für den Fall der Not.

Es mehren sich die Nachrichten über gewalttätige Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung, der Bedrohung von Leben und Eigentum der Bewohner.

Es wird daher der Aufruf an alle Männer, gleichviel welchen Alters, Standes oder Berufs wiederholt, sofort der zu bildenden militärischen Zeitfreiwilligenwehr Köslin (Pom.) beizutreten. Diese Wehr soll nur im äußersten Notfall aufgegeben und sofort nach Wiederherstellung der Ruhe wieder entlassen werden. Solange Ruhe und Ordnung besteht, wird durch den Beitritt zur Wehr niemand an der gewohnten Ausübung seiner Berufstätigkeit gehindert.

Bedingungen: Während der Zeit der Einberufung Grundlohnung 1 Mark für jeden Tag und 5 Mark Tageszulage, Verpflegung bezw. Verpflegungsgeld wie die Militärpersonen, Unterkunft und Verpflegungssprache nach den Kriegsgesetzen.

Die Zeitfreiwilligen müssen regierungstreue, mindestens 17 Jahre alt, moralisch einwandfrei und im Schießen ausgebildet sein.

Meldestellen und Meldezeiten: Neue Kaserne, Stabsgebäude, Garn.-Kombo, 9-12 Uhr vorm., Lüditz's Festhalle, Bergstr., von 4-7 Uhr nachm., an Sonntagen nur 9-12 Uhr in Lüditz's Festhalle.

Mitzubringen: von den Freiwilligen, die bereits gebient haben, der Militärpaß und der Entlassungsschein und von Ungedienten ein Unbescholtenheitszeugnis.

Böhme, Oberlieutenant und Garn.-Aeltester.

Ostsee-Sanatorium Zoppot

wird im April d. Js. wieder eröffnet für innere, Stoffwechsel-, Nervenkrankte, Erholungsbedürftige. Nachbehandlung von Kriegsschäden aller Art. - Vorzügliche Verpflegung. - Leit. Arzt Dr. M. Gumb.

Arbeitsmarkt.

Ziegel-Streicher

für Köslin und Umalienhof stellt noch ein

A. Treptow.

Dachdecker

für dauernde Beschäftigung stellt ein

A. Treptow.

Zuverl., erfahrener

Ziegler

findet selbst. Dauerstellung (Gutsziegelei - Ringofen, Handstrich 2-300 000).

Mulkenthin S. bei Stargard Pom.

Älteres tüchtiges

Hausmädchen

zu sofort gesucht. Frau Lehrtr. Holl, Merzin bei Köslin.

Suche von sogleich oder 1. Juli ein

Küchenmädchen

fr. Kaiser-Kasimirburg.

Jüng. Mädchen

(Schulentlassen) für die Buchbinderei gesucht.

„Fürstentum-Zeitung“ A.-G., Bergstr. 26.

Existenzsuchende wenden sich mit Rückporto an A. Stampader, München 23/116.

Grundstücks- und Geldverkehr.

Tüchtiger

Mühlensachmann

sucht Wassermühle mit kl. Landwirtschaft zu kaufen oder zu pachten. Werte Zuschriften erb. A. Schade, Parlin bei Lenz, Kr. Raugard i. Pom.

Wohnungen, Zimmer.

2 möblierte Zimmer

ohne Pension sofort oder zum 1. u. Mts. gesucht. Klavier erwünscht, aber nicht Bedingung. Angeb. unt. N. 309 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Von den Polen aus Polen vertriebener Studienassessor sucht

3-4 Zimmerwohnung

(sonnig) oder möbl. Zimmer mit voller Pension.

Dr. G. Krampe, Gymnasium.

Tiermarkt.

2 ältere Arbeitspferde

stehen zum Verkauf Mühlentorstraße 6.

An- und Verkäufe.

Tisch und Stühle

(Mahagoni), kl. Sofa, Glasspindchen u. Teppich zu kaufen gesucht. Angebote unter O. 310 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Montag, den 12., werden Rogzower Allee 47 von 3-4 Uhr

getragene Uniformen und Zivilsachen verkauft.

Ein schwarzer

Gehrock-Anzug

für Mittelfigur preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Berschiedenes.

Pachte Landgasthof

mit Vorkaufsrecht, lebend. u. tot. Inventar, auch Materialgeschäft. Adolf Mielch, Berlin, Wirtsbachstr. 52.

Älterer Landwirt,

körperlich gesund, sucht zur Erholung Pension in kleiner Landwirtschaft oder Försterei. A. Leibner, 3. St. Hotel-Aronprinz.

Max Hagenes

Institut für Elektrotechnik

empfehlte sich zur

Ausführung von elektrischen Licht- und Kraftanlagen

im Bezirk der Ueberlandzentrale Belgard.

Reparaturen an Elektromotoren werden schnellstens ausgeführt.

Empfehle

F. Sauerkraut

per Pfd. 15 Pfg.

Franz Bewersdorff,

Köslin, Bergstraße 36. Fernruf 61.

Maurer- und Zimmermeister-Innung Köslin.

Der Betonkursus

beginnt am Montag, dem 12. d. Mts., nachmittags 5 Uhr im Zeichen- und Anabenschulhaus A, Moritzstraße.

Teilnehmer können sich bei dem Unterzeichneten melden. Der Vorstand. J. A. R. Lohaus, Tel. 379.

Gasthaus Gallenstein.

Zu dem am Sonnabend, dem 10. Mai, stattfindenden

Maikränzchen

von 7-11,30 Uhr ladet freundlichst ein

Franz Merten.

Nachhilfeunterricht

erteilt Primaner Schülern bis u. 3 g. in Latein und Griechisch. Angeb. unter M. 308 an die Geschäftsst. d. Ztg. erbeten.

Flügel Pianos

mit herrlichem Ton in großer Auswahl. Ein gebrauchtes Klavier zu verkaufen.

K. Klein, Junkerstr. 8. Telephon 372.

Wagenfett, Separatorenöl, Maschinenöl, konsist. Fett

und gelbe Vaseline empfiehlt

Wilhelm Werner.

Maschinenöle

für alle Motoren empfiehlt

J. Nowak,

Drogerie.

Heu u. Seef

kauft A. Treptow.

Pottasche

kauft Groß, Bergstr. 2.

Eier

kauft jeden Posten

Hans Schöneberndt,

Eier-Großhandlung, Hohetorstraße 3.

Plüschsösa, gut erh. Wäsche, Schrank, einf. zerlegb. Kleiderschrank zu verkaufen. Besichtigung 1-2, 6-7 Uhr

Schützenstr. 7, 1 Tr. r.

Schul-Tuschkästen

und

Öl-Malfarben

sind wieder eingetroffen bei

A. R. Modigell, Neuetorstr. 7.



Moderne Kneifer, Brillen, Loggnons, Ferngläser, Thermometer, Barometer.

Werner Fritz, Neuetorstr. 18.

Panamahüte

erbitte zur Wäsche.

Erich Görth,

Hohetorstr. 9.

Freiw. Sankt-Kolonnen v. Roter Kreuz.

Am 10. Mai, abends 8 Uhr Hauptversammlung im Schützenhaus. Bekanntgabe der Tagesordnung in der Versammlung. Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich. Wichtige Besprechungen. Neue Mitglieder sehr willkommen. Der Vorsitzende, Postdirektor Major Schulz.

Hausbesitzer-Verein.

Freitag, den 9. Mai cr., abends 8 Uhr im fr. Lüditz'schen Lokale, Bergstr. 39

Versammlung.

Tagesordnung: Stellungnahme zu der Erhöhung der Schornsteinfegergebühren, Besprechung von Entscheidungen des Mietseingangsamts pp. Der Wichtigkeit wegen ersuchen wir unsere Mitglieder und alle, die es werden wollen, zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Sportverein

„Preußen“, Köslin. Am Sonnabend, dem 10. d. Mts., abends 8 Uhr Mitgliederversammlung in den Kösliner Festhallen. Der Vorstand.

Sibirisch-Ersatz Farben + Lacke Pinsel

empfehlte A. R. Modigell, Neuetorstr. 7.

Blaue Frühkartoffeln

zum Pflanzen gibt ab Dom. Schulzenhagen l.

Junges Gemüse

kostet bis auf weiteres: Salat pro Kopf 0,50 Pfg. Spinat aus Frühbeeten per Pfd. 1,50 Mk. Radieschen per Bund 0,25 " Kohlrabarber per Pfund 1,20 " Spargel 1 per Pfund 2,50 " dito 2 " 2,00 " Suppenpargel p. " 1,25 " Die Preiskommission.

Sehr schöne große Palmen zu verkaufen. Besichtig. vorm. 9 bis 12 Uhr. Bergstr. 44, part. Baehler.

Kirchliche Anzeigen.

Sonntag, den 11. Mai. St. Marienkirche. 8 Uhr Gottesdienst. Pastor Lettenborn. 10 Uhr vorm. Gottesdienst, Beichte und heil. Abendmahl. Pastor Banjelow. 2 1/2 Uhr Kindergottesdienst. Pastor Banjelow. Gemeindehaus. 10 1/2 Uhr Gottesdienst. Pastor Bärowald. Jungfrauenverein Beteiligung an dem Familienabend. Jünglingsverein 2 Uhr Ausflug in dem Gollen. Dienstag, 13. Mai. 6 Uhr Bibelstunde. Pastor Bärowald. Schloßkirche. 8 1/2 Uhr Militärgottesdienst. Garnisonpfarrer Heine. 10 Uhr vorm. Gottesdienst. Pastor Jobst. Diaconissenanstalt Salem. 10 Uhr vorm. Gottesdienst. Pastor Evers. 11,30 Uhr Kindergottesdienst. Methodistengemeinde. (Publizstr. 24.) 10 Uhr vorm. und abends 8 Uhr Predigt. Prediger Nagmusen-Chemnitz. Freitag abend 8 Uhr Bibelstunde. St. Josephskirche. 7 30 Kommunionausstellung. 10 Uhr Hochamt. 6 Uhr Maiandacht. Kapelle des Kadettenhauses. 10 Uhr vorm. Gottesdienst. Pfarrer Heine.

Kösliner Veranstaltungen.

Freitag, den 9. Mai. Hausbesitzerverein, abends 8 Uhr Versammlung bei Lüditz.